

Schwerpunkt Zweiter Sitzungstag im März-Landtag

Entscheidung zu neuem Spital vertagt

Vertiefen Für den Landtag waren gestern noch zu viele Fragen offen, um sich bereits für eine Variante zu entscheiden. Sie gaben Regierungsrat Mauro Pedrazzini noch einige Anregungen für die künftige Spitalinfrastruktur mit auf den Weg.

VON DANIELA FRITZ

Entscheidungen fallen leicht, wenn es nur wenige Alternativen gibt, sich diese in Preis und Qualität deutlich unterscheiden und nur eine Person die Entscheidung trifft, leitete Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini sein Votum ein. Nur leider ist all dies bei der Erneuerung der Spitalinfrastruktur nicht der Fall, weshalb Pedrazzini nach der Landtagsdiskussion nicht wie erhofft einen Schritt weiter war. Vielmehr stehen immer noch mehrere Varianten zur Option – zu denen die Abgeordneten auch noch einige offene Fragen hatten.

Zweifel an steigenden Fallzahlen

Viele betrafen die im Bericht und Antrag der Regierung angenommenen Fallzahlen: So rechnet diese damit, dass das Spital mit einem Neubau künftig einen Marktanteil von 50 Prozent und somit etwa 2300 stationäre Fälle im Jahr erreichen könne. «Ich vermisste jegliche Herleitung, wie die Fallzahlen so steigen können», meinte etwa der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser. Schliesslich würden die durch die Medicnova verlorenen Belegärzte und damit ihre Patienten wohl kaum ans Landesspital zurückkehren. Bisher würden sich durch den Konkurs der Medicnova jedenfalls keine positiven Effekte auf die Fallzahlen nachweisen, meinte Thomas Lagerder (FL). Es brauche gemäss einer von der Regierung in Auftrag gegebenen PWC-Studie jedoch mindestens 4000 Fälle für einen wirtschaftlichen Betrieb. «Wenn die Fallzahlen nicht erreicht werden können, wird das Landesspital weiterhin ein Sorgenkind bleiben», fürchtete auch Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz. Man könne die überweisenden Ärzte und die Patienten schlecht zwingen, nur noch nach Vaduz zu gehen.

Regierungsrat Pedrazzini verwies darauf, dass sich zwei Jahre nach der Eröffnung der Privatklinik und

| Aktuelle Abstimmung | | |
|------------------------|------------------------|-------------------|
| FBP | VU | du |
| ✓ Albert Frick | ✓ Günter Vogt | ✗ Ado Vogt |
| ✓ Johannes Hasler | ✓ Frank Konrad | ✗ Harry Quaderer |
| ✓ Susanne Eberle-Strub | ✓ Violanda Lanter | |
| ✓ Wendelin Lampert | ✓ Gunilla Marxer-Kranz | |
| ✓ Daniel Seger | ✓ Manfred Kaufmann | ✗ Georg Kaufmann |
| ✓ Daniel Oehry | ✓ Thomas Vogt | ✗ Patrick Risch |
| ✓ Eugen Nägele | ✓ Christoph Wenaweser | ✗ Thomas Lagerder |
| ✓ Elfried Hasler | ✓ Mario Wohlwend | |
| | ✓ Johannes Kaiser | ✗ Herbert Elkuch |
| | | ✗ Erich Hasler |
| | | ✗ Thomas Rehak |

Die Koalition will die Infrastrukturpläne weiterverfolgen. (Screenshot: VB)

knapp ein halbes Jahr nach deren Konkurs jedoch wieder Verbesserungen zeigen würden. «Es ist noch eine zarte Pflanze, aber die harte Arbeit zeigt Ergebnisse.» Seit Jahresanfang sei das Spital voll ausgelastet und stosse immer wieder an seine Kapazitätsgrenzen.

Der FBP-Abgeordnete Eugen Nägele sprach im Vorfeld mit vielen Liechtensteinern, die sich für ein eigenes Spital ausgesprochen hätten: «Auf meine Frage, in welches Spital sie momentan gehen, haben aber praktisch alle geantwortet, dass sie nach Grabs ins Spital gehen.» Aufgrund dieses Paradoxons fragte sich Nägele, wie realistisch die Annahme von 2500 stationären Fällen im Jahr ist. Ein neues Gebäude sei jedenfalls nicht ausschlaggebend für die Spitalwahl – abgesehen davon, dass auch Grabs in ein paar Jahren ein neues Gebäude habe. «War hier nicht das Prinzip Hoffnung der Vater oder die Mutter der Annahmen?» Zu glauben, dass ein neues Spital zu mehr Fallzahlen führt, sei naiv, meldete auch Erich Hasler (NF) Bedenken an: «Würde das Konzept «Ambulant vor Stationär» bei der Prognose berücksichtigt? Dann dürften die Fallzahlen sich in ganz andere Richtung bewegen.» Die angenommenen Fallzahlen müssten von externen

Fachleuten überprüft werden. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini versprach weitere Ausführungen zum Prinzip «Ambulant vor Stationär» und betonte, dass ein Marktanteil von 50 Prozent, also 2300 stationäre Fälle, nicht realitätsfern sei – wenn die Infrastruktur jener von Grabs ebenbürtig sei.

Der Faktor Zeit

Von einem neuen Gebäude ist Liechtenstein aber noch weit entfernt – die Abgeordneten hatten noch einige offene Fragen. So wollte etwa die FBP-Abgeordnete Susanne Eberle-Strub mehr zum Grundstück wissen, welches die Gemeinde Vaduz neben den 7 Millionen aus dem Spitalbaufonds mittlerweile angeboten hat. Dieses müsste zunächst umzoniert werden: «Ist die Fertigstellung in 2024 realistisch in Bezug auf den Bodentausch und die Umzonierung?», so Eberle-Strub. Die Umzonierung würde sicher einige Zeit in Anspruch nehmen, ebenso die Planung des Gebäudes werde Zeit brauchen, weshalb gewisse Prozesse parallel verlaufen würden, antwortete Pedrazzini vage.

Schnelles Handeln wurde auch vom FBP-Abgeordneten Johannes Hasler ins Spiel gebracht, der als Vorsteherkandidat gleich auch für das Klinik-

gebäude in Bendern warb: «Damit das neue Spital sich möglichst rasch in regionalem Wettbewerb behaupten kann, ist der Faktor Zeit entscheidend.» Dieser Punkt sollte in der Nutzwertanalyse stärker gewichtet werden, ebenso die Nachhaltigkeit, wenn keine neue grüne Wiese verbaut werden müsse. Er riet zudem davon ab, weitere unbebaute Grundstücke in anderen Gemeinden zu prüfen, dies würde zu Verzögerungen führen. Denn er war nicht der Einzige, der seine Gemeinde in Stellung brachte. Der Balzner Vorsteherkandidat Günter Vogt (VU) brachte ebenfalls ein unbebautes Grundstück in der Nähe des Heliports ein, das noch dazu im Besitz des Landes war. Christoph Wenaweser erinnerte daran, dass in Schaan an der Zollstrasse ebenfalls Grund frei wäre, wenn auch noch in der Landwirtschaftszone. Wie ernst die beiden Angebote gemeint waren, ist unklar. Es zeigt sich jedenfalls, dass nach der gestrigen Landtagsdebatte nicht einmal der Standort Vaduz in Stein gemeisselt ist. Wobei ein möglicherweise höheres Angebot der Gemeinde Vaduz helfen könnte. Bürgermeisterkandidat Frank Konrad jedenfalls zeigte sich selbst vom bestehenden Angebot der Gemeinde nicht zufrieden.

Bessere Zusammenarbeit

Nicht zufrieden waren auch einige Abgeordnete mit der bisherigen Zusammenarbeit der Akteure im Gesundheitswesen. Pedrazzini widersprach, die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen funktioniere im Grossen und Ganzen sehr gut. Der Gesundheitsminister gab jedoch zu, dass er Konflikte hatte: «Diese waren aber offenbar nötig, um die Gesundheitskosten zu senken.» Die meisten

«Bei der Überweisung eines Patienten denkt der Arzt zuletzt an den Minister – und wer das tut, ist vermutlich ein schlechter Arzt.»

MAURO PEDRAZZINI
GESUNDHEITSMINISTER

Regierungsrätin Aurelia Frick während

Ärzte hätten aber mittlerweile eingesehen, dass es ihnen heute nicht schlechter ginge als vor seiner Amtszeit. Dass sich die früheren Konflikte auf das Spital auswirken würden, glaubt Pedrazzini nicht: «Bei der Überweisung eines Patienten an ein Spital denkt der Arzt aber zuletzt an den Minister – und derjenige der das tut, ist wahrscheinlich ein eher schlechter Arzt.»

Freihandel und Menschenrechte: Das eine schliesst das andere nicht ganz aus

Handel Der Landtag hat sich einstimmig zwei Freihandelsabkommen zwischen EFTA-Staaten und der Türkei sowie Ecuador verabschiedet. Auch die Menschenrechte kamen dabei zur Sprache.

Das bestehende Abkommen mit der Türkei wird durch ein modernes Freihandelsabkommen ersetzt. «Ein Musterbeispiel dafür, dass die EFTA ihre Freihandelspolitik stetig weiterentwickelt und den globalen Entwicklungen anpasst», wie Eugen Nägele (FBP) dazu ausführte. «Dies geschieht im Interesse unserer Wirtschaft, aber auch der Wirtschaft der Partnerstaaten.» Das ursprüngliche Abkommen von 1991 umfasste hauptsächlich den Bereich Warenverkehr. «Das neue ist deutlich umfassender und beinhaltet auch Bestimmungen zum gegenseitigen Marktzugang im Dienstleistungssektor, zu Wettbewerb und

zum Schutz des Geistigen Eigentums», so Nägele mit Verweis auf den beachtlichen Zuwachs von Liechtensteins Exporten in die Türkei (Steigerung von 43 Prozent zum Vorjahr). «Bedeutsam ist ausserdem das Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung», ergänzt der FBP-Abgeordnete. «Mit dem Kapitel über Handel und Entwicklung soll den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung auch in der Aussenwirtschaftspolitik Rechnung getragen werden.»

Patrick Risch (FL) wies mit Blick auf die Menschenrechte aber auch auf die Widersprüchlichkeiten hin. Susanne Eberle-Strub (FBP) hob hierbei die Präambel des neuen Abkommens hervor, worin das Bekenntnis zur Demokratie, zur Rechtsstaatlichkeit und zu den Menschenrechten bekräftigt werde. «Es ist illusorisch anzunehmen, dass durch dieses Freihandelsabkommen Einfluss auf die Menschenrechte in der Türkei genommen werden könnte – wohl ein Standardsatz in den Freihandelsabkommen», so die Kritik der FBP-Abgeordneten. «Richtig. Die Menschenrechts-

problematik wird mit dem neuen Abkommen nicht gelöst», antwortete die zuständige Regierungsrätin Aurelia Frick. Das neue Abkommen sei aber zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Es verstärke die Möglichkeit, mit der Türkei über solche Themen zu sprechen. Aurelia Frick: «Ich finde, dass hier der Dialog besser ist, als einfach die Türen zu verschliessen.»

EFTA-Freihandelsabkommen Nr. 28

Nach dem einstimmigen Entscheid zum neuen Freihandelsabkommen mit der Türkei stand folgend ein weiteres für Ecuador auf der Traktandenliste – das insgesamt 28. EFTA-Freihandelsabkommen. Im Falle des südamerikanischen Landes seien die Exportzahlen zwar etwas weniger imposant, so Eugen Nägele – dies mache das Abkommen aber nicht weniger bedeutend. «Liechtenstein ist eine Exportnation. Für uns ist der möglichst barrierefreie und offene Handel mit den Ländern dieser Welt von existenzieller Wichtigkeit. Die protektionistischen Tendenzen in vielen Regionen dieser Welt sind besorgniserregend und wir positionieren uns mit den beiden Abkommen, die wir heute behandeln, klar gegen diesen Trend.» (hm)

Abänderung des Strafgesetzbuches

Reisen zum Zwecke des Terrors soll strafbar werden

VADUZ Das Ziel der gestern in erster Lesung behandelten Abänderung des Strafgesetzbuches ist es, unter anderem das Reisen in einen anderen Staat mit dem Vorsatz, eine terroristische Straftat zu begehen oder zu deren Begehung beizutragen, unter Strafe zu stellen. Im Landtag war die Vorlage unbestritten. «Liechtenstein schliesst Gesetzeslücken und unterstreicht damit seine Bemühungen in der Terrorismusbekämpfung», wie Georg Kaufmann (FL) ausführte. Auch die Vernehmlassung blieb unspektakulär und hatte keine Änderungsvorschläge am Gesetzestext zur Folge. Eine Umsetzung benötigt zudem keine zusätzliche Ressourcen in der Verwaltung.

Der Hintergrund der Vorlage: Im österreichischen Strafgesetzbuch wurden 2018 einzelne Strafbestimmungen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung ausgebaut und ein neuer Tatbestand des Reisens für terroristische Zwecke eingeführt. Diese Änderungen sollen auch in Liechtenstein zum Tragen kommen. Zugleich werden dadurch die Voraussetzungen für eine mögliche Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus



«Kann eine Ohrfeige ein Terrorakt sein?»: Der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser gestern im Landtag.

geschaffen sowie weitere internationale Standards umgesetzt. Eine interessante Frage äusserte Christoph Wenaweser (VU) mit Bezug, dass auch eine leichte Körperverletzung als terroristische Straftat gewertet werden könne. «Da frage ich mich schon, wie eine Ohrfeige ein Terrorakt sein kann?» Da darf man auf die Antwort der Regierung gespannt sein, die auf die zweite Lesung hin versprochen wurde. (hm)

Der FBP-Abgeordnete Eugen Nägele.

